

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 12

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LIEBE LESER

Entscheidung in Kosovo oder ...

Wie lange jedoch das Milosević-Regime die serbische Bevölkerung zu diesem grausamen Krieg fanatisieren kann, ist eine offene Frage. Wenn man bedenkt, dass 80 bis 90 Prozent der Wehrpflichtigen der Bundesarmee auf der Flucht oder untergetaucht sind, so sieht man, dass auch die Kriegsbereitschaft der Serben Grenzen hat.

Schon beim nächsten Konflikt, der mit den Albanern in der Provinz Kosovo programmiert ist, kann sich die Lage zuungunsten der Serben ändern. Im Süden Jugoslawiens leben fast drei Millionen Albaner, zwei Millionen davon in der früheren autonomen Provinz Kosovo, der Rest in Mazedonien und Montenegro. Die Albaner in Kosovo, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung 90 Prozent beträgt, hatten sich bereits im September vergangenen Jahres in einem Referendum für die Bildung eines eigenen Staates ausgesprochen.

... Internationalisierung des Krieges?

Nachdem die Kosovo-Albaner am 24. Mai ihren Staatspräsidenten und das Parlament

neu gewählt haben, scheint ein Aufstand der Albaner unvermeidlich, zumal seit der Einführung der serbischen Zwangsverwaltung in Kosovo etwa 100 000 Albaner ihre Stelle verloren haben. An der Universität Pristina wurden 20 000 albanische Studenten vom Unterricht ausgeschlossen.

Dass die EG nicht gewillt ist, einen zweiten albanischen Staat, eine «Republik Kosovo», anzuerkennen, wird die Albaner von ihren Forderungen keineswegs abbringen. Und wenn der Bürgerkrieg in Kosovo ausbricht, dann muss man damit rechnen, dass der Konflikt auf Montenegro und Mazedonien übergreift, wo Hunderttausende von Albanern leben. Dass Albanien dabei untätig bleibt, ist kaum wahrscheinlich.

Milovan Djilas, Titos einstiger Kampfgefährte und späterer Gegner, mahnt die Europäer: Wenn die Gemeinschaft jetzt nicht sehr energisch und entschlossen auftritt, muss sie mit einem grösseren balkanischen Konflikt rechnen – mit einer Teilnahme von Albanien und Bulgarien. Auch für Djilas ist der Hauptverantwortliche für den blutigen Konflikt der serbische Präsident Milosević. ■

Wider Erwarten haben die Dänen in einem Referendum die Maastrichter Verträge abgelehnt – mit 50,7 gegen 49,3 Prozent oder 23 000 Stimmen Differenz. Hierzulande wird dieses «Veto» je nach politischer Ausrichtung auf die eine oder andere Art interpretiert: Die Befürworter eines EG-Beitritts der Schweiz sehen im dänischen Entschieden Beweis eines auch auf europäischer Ebene funktionierenden Föderalismus, und auch die Gegner fühlen sich bestärkt und argumentieren, Regierungen und Parlamente würden am Volk vorbeipolitizieren.

Wie immer man selber zur europäischen Integration steht, eines scheint sicher: Das «Veto» des dänischen Volkes dürfte Ausdruck jener Angst vor Zentralismus und Bürokratie sein, die auch die osteuropäischen Völker dazu treibt, sich auf ihre nationalen Eigenschaften und Werte zu besinnen. Eine Angst, die (wie im einstigen Jugoslawien oder in Teilen der ehemaligen Sowjetunion) zu militantem Nationalismus und kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hat, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

Nun wird es im westlichen Teil Europas kaum zu solchen Explosionen kommen – dafür sorgen schon die seit Jahrzehnten praktizierten Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und nicht zuletzt die angemessene Berücksichtigung der Minderheiten in den jeweiligen Staaten. Gleichwohl aber müsste «Brüssel», vorab die beiden Grossen Frankreich und Deutschland, den dänischen Entscheid als einen Fingerzeig beherzigen.

Offenbar haben mit dem Umbruch im Osten wohl zusammenhängende politische und wirtschaftliche Unsicherheiten, die sich möglicherweise noch verschärfen werden, zur Skepsis an der Basis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess geführt. Das müsste «Brüssel» davon überzeugen, dass vor allem die Anliegen der «Kleinen» mehr Berücksichtigung finden sollten. Begrüssenswert wäre deshalb, wenn der dänische Entscheid die Weichen für den EG-Zug in Richtung mehr politische Vielfalt in einem vereinten Europa stellen würde. Ein Europa der Regionen, des Föderalismus und der Demokratie wäre das Ziel.

Monika Scherrer

